

Ministerin hofft auf 35 000 Freiwillige

BERLIN - Der neue Bundesfreiwilligendienst soll zum 1. Juli 2011 eingeführt werden. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) sagte bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs am Donnerstag, sie rechne zunächst mit 35 000 Freiwilligen pro Jahr. Der neue Dienst soll den Zivildienst ablösen, wenn Mitte 2011 die Wehrpflicht ausgesetzt wird.

Eine Konkurrenz zu den Jugendfreiwilligendiensten der Länder mit derzeit rund 35 000 Plätzen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FJS) und im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) will der Bund vermeiden. Verbände und Opposition kritisierten, dies sei nicht gesichert. Es werde neue Bürokratie aufgebaut.

Zivildienstleistende sollen im kommenden Jahr zum 30. Juni entlassen werden, spätestens aber zum 31. Dezember, sofern sie freiwillig länger Dienst tun wollen. Der Bundesfreiwilligendienst wird für Frauen und alle Altersgruppen geöffnet. Wer 27 Jahre und älter ist, soll einen Teilzeitdienst wählen können. Der Bundesfreiwilligendienst soll in der Regel ein Jahr dauern, kann aber auf ein halbes Jahr verkürzt oder auf anderthalb Jahre verlängert werden, in Ausnahmefällen auch bis zu zwei Jahre dauern. Die Freiwilligen sind sozialversichert und erhalten ein Taschengeld von höchstens 324 Euro im Westen und 272 Euro im Osten, sowie Verpflegung, Unterkunft und Arbeitskleidung. Die Bezahlung soll insgesamt an die der Jugendfreiwilligen angeglichen werden, während Zivildienstleistende heute mehr bekommen als Freiwillige.

Ministerin Schröder warb für den neuen Dienst. Es gehe darum, eine neue Kultur des ehrenamtlichen Engagements zu fördern. Die Jugendfreiwilligendienste und der neue Bundesfreiwilligendienst sollten gleichberechtigt nebeneinander bestehen können, sagte sie.

Die Einsatzstellen sollen vielfältiger werden. Die FDP hat darauf gedrängt, dass verstärkt Migrantprojekte als Einsatzstellen anerkannt werden. Die stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Miriam Groß nannte die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes „die größte Reform in der Engagementpolitik“. Man nehme die Ängste der Menschen ernst, die befürchteten, mit dem Zivildienst würden viele soziale Dienste zusammenbrechen.

Das Deutsche Rote Kreuz begrüßte die Stärkung der Freiwilligendienste. Der Staat müsse sich aber zurückhalten, erklärte sein Generalsekretär, Clemens Graf von Waldburg-Zeil. Das DRK ist der größte Anbieter von Freiwilligendiensten und will nächstes Jahr 10 000 Plätze im neuen Dienst vorhalten. Die Opposition kritisierte den Bundesfreiwilligendienst. Er führe zu mehr Bürokratie und stelle eine Konkurrenz zu den funktionierenden Jugendfreiwilligendiensten dar, erklärten die Grünen im Bundestag. Auch die Linksfraktion sprach von unnötigen Parallelstrukturen. epd